

gierung für die Wärmedämmung von Gebäuden ausgeben. Doch Handwerkspräsident Otto Kentzler reicht das nicht. Das Förderniveau müsse dringend „angehoben“ werden, sonst „passiert zu wenig“.

Der Informatikverband Bitkom wünscht sich staatliche Zuschüsse für neuartige Stromnetze. Der Verband der kommunalen Unternehmen fordert öffentliche Finanzhilfen für kommunale Kleinkraftwerke. Daimler-Chef Dieter Zetsche ruft nach einer Verkaufshilfe für Elektroautos von 5000 Euro. Und der Verband der Elektroindustrie denkt über staatliche Kaufanreize für stromsparende Kühlschränke, Geschirrspüler oder Waschmaschinen nach.

Das Problem ist nur, dass sich der flächendeckende Ruf nach neuen Staatshilfen mit jenen Reden stößt, die Unternehmerfunktionäre gern auf ihren Verbandstagen und Jahresempfangen halten. Dort verlangen sie mit Vorliebe niedrige Steuern und bezahlbare Strompreise. Doch wenn es um die Energiewende geht, reden sie einer Politik das Wort, die das genaue Gegenteil erzeugt. „Wir müssen aufpassen, dass wir nicht einer sanften Form von staatlicher Investitionslenkung erliegen“, sagt Hannes Hesse, Hauptgeschäftsführer des Verbandes Deutscher Maschinen- und Anlagenbau.

So droht die Energiewende für die Wirtschaftsverbände zur politischen Falle zu werden. Mit ihrem schnellen Ja zum Atomausstieg dürfen sie sich im Einklang mit dem ökologischen Zeitgeist fühlen, ihr politischer Einfluss aber nimmt weiter ab. Bei ihren traditionellen Verbündeten aus Union und FDP werden die zerstrittenen Unternehmerfunktionäre vielfach nicht mehr ernst genommen. Bei den umschwärmten Grünen-Politikern stoßen ihre Anbiederungsversuche dagegen auf gesunde Skepsis.

Auch die rheinland-pfälzische Wirtschaftsministerin Eveline Lemke, die als erste Grünen-Politikerin das Ökonomie-Ressort eines Flächenstaats dirigiert, kann sich vor Anfragen kaum retten. Sie berichtet von begeisterten Unternehmern, die die Anträge der Mainzer Regierung zur Energiewende in Aufträge für die lokale Windenergiebranche umrechnen. Geradezu euphorisch seien die heimischen Firmen bis hin zur Ludwigs-hafener BASF, wenn sie mit ihnen über Kreislaufwirtschaft und Rohstoffsicherung spreche.

Lemke weiß zu genau, dass das Interesse vieler Unternehmen nicht nur von ökologischer Einsicht gesteuert ist. Doch das stört sie nicht, solange klar ist, dass die Politik die Richtung vorgibt: „Opportunismus mag es auch geben, aber dagegen habe ich nichts. Wenn Trittbrettfahrer in die Energiewende investieren – gerne.“

RALF BESTE, FRANK DOHMEN,
MICHAEL SAUGA

„Das System wird gesprengt“

Der Ökonom Stefan Homburg über die Rettung Griechenlands um jeden Preis, die Profiteure der Krise und die Gefahr, dass die Politik das Problem verschärft

Homburg, 50, ist Direktor des Instituts für Öffentliche Finanzen der Leibniz Universität Hannover.

SPiegel: Die EU und der IWF planen ein neues Rettungspaket für Griechenland, die Banken sollen sich freiwillig daran beteiligen. Was halten Sie davon?

Homburg: Banken können sich nicht freiwillig beteiligen. Ein Vorstand ist auf das Wohl seines Unternehmens verpflichtet, nicht auf das Gemeinwohl. Verzichtet er zu Lasten seiner Gesellschaft auf Forderungen, ist das Untreue und strafbar.

SPiegel: Banken können nur arbeiten, wenn die Finanzmärkte funktionieren. Wenn sie dazu einen Beitrag leisten, kann das doch nicht strafbar sein.

Homburg: Eine Bank kann auf eine Teilforderung verzichten mit dem Ziel, den Rest zu retten. Das geschieht in jedem Insolvenzverfahren. Aber hier liegen die Dinge anders, und zwar gerade wegen der Rettungsschirme: Verweigert die Bank nämlich ihren eigenen Beitrag, dann bezahlt der Steuerzahler allein. Genau darauf muss ein Vorstand hinarbeiten, um den Vorwurf der Untreue zu vermeiden.

SPiegel: Also bringt die freiwillige Beteiligung privater Gläubiger, auf die sich Bundeskanzlerin Angela Merkel und der französische Präsident Nicolas Sarkozy verständigt haben, wenig bis nichts?

Homburg: Das Ganze war ein Schauspiel, das vor allem die deutsche Öffentlichkeit beruhigen sollte. Merkel wollte eine verpflichtende Beteiligung, Sarkozy wollte gar keine. De facto hat sich Sarkozy durchgesetzt.

SPiegel: Ist Ihnen Merckels ursprünglicher Vorschlag lieber?

Homburg: Auch dieser Vorschlag sprang zu kurz. In der Marktwirtschaft geht es bis hin zum Klemptner, dessen Kunde die Rechnung nicht bezahlt, nie um eine Beteiligung der Gläubiger, sondern darum, dass die Gläubiger im Ernstfall ausschließlich und allein auf ihren Forderungen sitzenbleiben. Nur dann haben sie

einen Anreiz, ihre Schuldner sorgfältig auszuwählen. Marktwirtschaft kann ohne eigene Haftung nicht funktionieren. Die staatlichen Rettungsmaßnahmen setzen Fehlanreize, die die Finanzmarktprobleme immer weiter verschärfen.

SPiegel: Der Klemptner ist aber nicht systemrelevant, sein Konkurs würde nicht ganze Banken in den Abgrund reißen. Die EZB hat massiv vor einer neuen Finanzkrise gewarnt, wenn es zu einer zwangsweisen Beteiligung privater Gläubiger oder gar einer Umschuldung Griechenlands kommt.

Homburg: Die angebliche Ansteckungsgefahr ist eine Legende, die der wissenschaftlichen Überprüfung nicht standhält. Wenn man meine Überzeugung teilt, dass das Gerede, Griechenland sei systemrelevant, dummes Zeug ist, gibt es für Rettungsaktionen keinen Grund ...

SPiegel: ... aber eben nur dann.

Homburg: Nein, auch im umgekehrten Fall. Würde eine Insolvenz des kleinen Griechenlands tatsächlich eine weltweite Finanzkrise auslösen, dann könnten neue Rettungsprogramme das Problem nicht lösen. Sie würden es vielmehr intensivieren, denn wenn

kein Staat und keine Bank mehr pleite gehen darf, weil sonst eine Finanzkrise droht, sind wir am Ende. Dann schaukelt sich das Problem immer weiter auf und endet in einer noch viel größeren Krise.

SPiegel: Europa will sich durch die Rettungspakete Zeit kaufen. In dieser Zeit sollen die Banken gesunden, und Länder wie Portugal, Irland und Spanien sollen sich stabilisieren, so dass die Ansteckungsgefahr nicht mehr so groß ist, wenn dann in ferner Zukunft die unvermeidliche Umschuldung doch noch stattfindet. Das ist die Strategie.

Homburg: Von einer Strategie würde ich nicht sprechen. Erst haben Staaten ihre Banken gerettet, jetzt sind Staaten selbst unterm Rettungsschirm. Aber über dem Rettungsschirm ist nur noch der blaue Himmel. Die Rettungsmaßnahmen haben die Krise bisher immer weiter verschärft.



Wissenschaftler Homburg
„Fehlanreize gesetzt“

KRISTOFER FINN FACTION PRESS



OLIVIER HOSLET / DPA

EU-Gipfel-Teilnehmer Sarkozy, Merkel am 23. Juni: „Niemand will als derjenige ins Geschichtsbuch eingehen, der den Knall ausgelöst hat“

Hätte man sich im vergangenen Jahr an den Lissabonner Vertrag gehalten, der Beistandszahlungen verbietet, dann hätte Griechenland umgeschuldet, genauso wie das Uruguay, Argentinien, Russland und andere Staaten in den letzten 15 Jahren getan haben ...

SPIEGEL: ... die aber alle nicht Teil einer Währungsunion waren.

Homburg: Es gibt kein ökonomisches Argument, warum Staatsinsolvenzen in einer Währungsunion schlimmer sein sollten als sonst. Wichtiger ist die Größe des betroffenen Staates, und da fällt der Vergleich zwischen Griechenland und Russland doch sehr klar aus.

SPIEGEL: Ist nicht in einer Währungsunion die Gefahr viel größer, dass die Krise von einem schwachen Mitgliedsland auf das andere überspringt?

Homburg: Nein. Die Ansteckung läuft sogar genau andersherum, denn etliche Banken und Hedgefonds profitieren von folgendem Geschäftsmodell. Schritt eins: Sie verkaufen die Anleihen des betreffenden Landes. Schritt zwei: Sie bringen das Land ins Gerede. Schritt drei: Nachdem die Kurse der Anleihen gesunken sind, kaufen sie billig zurück. Und zuletzt jagen sie die Regierungen mit dem Unsinns ins Bockshorn, eine Insolvenz werde verheerende Folgen haben. In einem

Nullsummenspiel gibt es nicht nur Verlierer wie uns Steuerzahler, sondern auch Gewinner.

SPIEGEL: Und worin besteht jetzt die Ansteckungsgefahr?

Homburg: Nachdem die griechischen Anleihen zum vollen Wert zurückgezahlt wurden, werden sich die Spieler dem nächsten Kandidaten zuwenden, etwa Portugal. Erlitten die Gläubiger bei Griechenland aber Verluste, dann würden sie dieses Geschäftsmodell aufgeben. Auch insofern wirken die Rettungsaktionen problemverschärfend.

SPIEGEL: Wenn es so ein Geschäftsmodell gäbe, müssten doch jetzt viele griechische Staatsanleihen kaufen.

Homburg: In den letzten Tagen habe ich selbst einen namhaften Betrag in griechische Anleihen gesteckt. Sie laufen noch ein Jahr und bringen im Erfolgsfall 25 Prozent Rendite. Damit schlafe ich wunderbar, weil ich an die grenzenlose Dummheit der Bundesregierung glaube. Sie wird zahlen.

SPIEGEL: Moralische Skrupel plagen Sie nicht?

Homburg: Weil ich die Rettungsmaßnahmen unfreiwillig durch meine Steuern mitfinanziere, ist es doch in Ordnung, wenn ich auch von den Gewinnen einen Teil erhalte. Warum sollten denn aus-

schließlich Banken und Hedgefonds profitieren?

SPIEGEL: Offenbar rechnen Sie fest damit, dass Griechenland auch dann gerettet wird, wenn es das geforderte neue Sparprogramm nicht oder nur unzureichend umsetzt?

Homburg: Auf jeden Fall. Griechenland hat weder ökonomisch noch politisch die Möglichkeit, sich zu sanieren. Es wird niemals in der Lage sein, die bisher aufgenommenen Schulden zurückzuzahlen. Trotzdem wird die Bundesregierung zahlen.

SPIEGEL: Und wie geht's dann weiter?

Homburg: Inzwischen ist auch vielen Politikern klar, dass der eingeschlagene Weg letztlich in Staatsbankrott und Währungsreform endet. Dieser Prozess ist schon jetzt unumkehrbar, doch will das niemand laut sagen und als derjenige ins Geschichtsbuch eingehen, der den Knall ausgelöst hat. Daher überlässt man den Offenbarungseid späteren Bundesregierungen und wirft einsteilen gutes Geld schlechtem hinterher. Irgendwann, das ist sicher, wird das System durch politische und ökonomische Faktoren gesprengt. Und leider besteht die große Gefahr, dass dann nicht nur der Euro zerbricht, sondern die EU insgesamt.

INTERVIEW: ARMIN MAHLER